

Die Erhöhung der Semestergebühren war zusammen mit einem restriktiveren Zugang zum Masterstudium eines der Hauptthemen der Bildungspolitik im Dezember 2010. Der Staatssekretär, Mauro Dell'Ambrogio, hat vorgeschlagen, die Semestergebühren auf 4'000 Franken zu erhöhen. Diese Anregung wurde vom Schweizer Gewerbeverband (SGV) im Januar 2011 übernommen.

Der AGEF-Vorstand lehnt diese Vorschläge, welche die finanzielle Situation der Studierenden und das heutige Stipendienwesen nicht berücksichtigen, entschieden ab.

Eine Erhöhung der Semestergebühren, ob sie gering ausfallen, wie die 80 Franken jährlich an der Universität Fribourg oder ob sie exorbitant, wie die von M. Dell'Ambrogio vorgeschlagenen 4000 Franken, in die Höhe schnellen, macht in der heutigen Situation keinen Sinn. Die finanziellen Ressourcen der Studierenden sind schon jetzt stark in Mitleidenschaft gezogen worden mit der laufenden Erhöhung der Semestergebühren, der ständigen Steigerung der Lebenshaltungskosten wie Miete, Lebensmittel, Versicherungen oder Transport und „versteckten Kosten“ wie Bücher, Diplom- oder Prüfungsgebühren. All das wird von einem durchschnittlichen Studierendenbudget von 1'750 Franken laut Bundesamt für Statistik (Untersuchung über die soziale und finanzielle Situation der Studierenden, 2010) getragen. Gleichzeitig zu diesen Kostenerhöhungen ist die Bildungshilfe auf ein Rinnsal geschrumpft, so dass im Jahr 2010 nur 9% der Studierenden finanziell unterstützt wurden.

Das Ergebnis einer solchen Politik ist schnell spürbar. Die Resultate der Untersuchung des Bundesamts für Statistik haben gezeigt, dass schon jetzt dreiviertel aller Studierenden auf eine Erwerbsarbeit angewiesen sind. Mit dieser Realität konfrontiert können die Studierenden sich nicht mehr mit der nötigen Zeit ihrem Studium widmen, was die Studiendauer verlängert.

Eine Erhöhung der Semestergebühren verkürzt die Dauer des Studiums nicht, auch wenn dies laut Maire-Hélène Miauton damit erzielt werden soll (RSR, Woche des 20. Dezembers 2010). Im Gegenteil, mit grösseren finanziellen Belastungen (eine Erhöhung der Semestergebühren auf 4'000 Franken, anstelle der heutigen 600 Franken, würde 500 Franken Mehrausgaben pro Monat bedeuten, wenn gleichzeitig die verdeckten Kosten nicht auch ansteigen) sind die Studierenden verpflichtet, den Prozentsatz der Erwerbsarbeit neben dem Studium zu erhöhen und damit verlängert sich proportional die Dauer ihres Studiums.

Außerdem kann eine Studiengebührenerhöhung nicht ansatzweise das Problem der Unterkapazitäten von bestimmten Universitäten lösen. Der erbrachte Betrag ist lächerlich gering um die Probleme zu lösen, für die es eine fundierte Lösung braucht und nicht im Endeffekt die Studierenden bestrafen soll, seien es ausländische oder Schweizer.

Um die finanzielle Situation der Studierenden zu verbessern, hat der Verband der Schweizer Studierendenschaften im Juli 2010 eine Volksinitiative lanciert, welche das Ziel hat, das Stipendiensystem zu verbessern und es von Grund auf neu zu

gestalten. Das heutige System ist veraltet und verdriesst einen immer grösser werdenden Teil der Bevölkerung.

Diese Reform geht mit einer Meinungsänderung in den politischen Gruppierungen einher: Die Bildung ist eine der wichtigsten Ressource unseres Landes. Es ist nutzlos, den Zugang zur Bildung mit einer Erhöhung der Semestergebühren zu limitieren und so die höhere Bildung für die oberen sozialen Schichten zu reservieren. Einem solchen finanziellen Druck können nur die gut betuchten Studierenden widerstehen, angesichts von Schulden im Bereich von 50'000 Franken, die sich bei weniger gut Betuchten anhäufen, um das Studium zu finanzieren (*Schätzung des VSS, Januar 2011*).

Der Vorstand der AGEF positioniert sich klar gegen diese Erhöhungspolitik, welche die heutige Situation in keinster Weise verbessert. Im Gegenteil, die AGEF unterstützt die Initiative des VSS: ein effizienteres Stipendiensystem ist das beste Mittel, um allen den Zugang zu höherer Bildung zu garantieren.

Die tertiäre Bildung muss für alle offen sein, unabhängig von der finanziellen Situation. Es ist an der Zeit, dass alle politischen Kreise sich vereint für eine Fortsetzung der Verbesserung der wichtigsten Ressource der Schweiz einsetzen: das Bildungssystem.

Im Namen des AGEF-Vorstandes

Dean Causevic, Präsident des AGEF-Vorstandes (Tel. 079 671 65 46)

Vincent Roch, Vize-Präsident des AGEF-Vorstandes (Tel. 079 777 09 64)